POLNISCHE BLÄTTER

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 5., 15. und 25. jeden Monats.

Heft 92. X. BAND 15. April 1918

INHALT:

Einzelpreis 40 Pfg. — Vierteljährlich 3.50 Mk.

Verlag der „Polnischen Blätter"

Berlin-Charlottenburg, Schlüterstrasse Nr. 28.

Nr. 92 15. April 1918

POLNISCHE BLÄTTER

Angesichts der neuen Teilungspläne.

In Warschau hat sich eine neue polnische Regierung konstituiert. Der Ministerpräsident, Dr. von Steczkowski, steht auf dem Boden der von zwei Kaisern (eigentlich von drei Kaisern) erlassenen Patente und Proklamationen, die die „der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebiete einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen versprachen, um ein Königreich zu schaffen, das „im Anschluß an die beiden verbündeten Mächte die Bürgschaften finden (soll), deren es zur freien Entfaltung seiner Kräfte bedarf". So hieß es im Zweikaisermanifest vom 5. November 1916. Und im Patent vom 12. September 1917 sprechen die zwei Kaiser an das Königreich Polen im Namen der „in treuer Freundschaft zu ihm stehenden Mittelmächte".... Diese Verheißungen der beiden Herrscher sind dem Ministerpräsidenten von Steczkowski gut bekannt; durch das Beispiel der Behandlung der Chełmer Angelegenheit gewarnt, begab er sich vor der Uebernahme der Mission der Kabinettsbildung nach Berlin und nach Wien, um sich zu vergewissern, ob dem Polenlande nicht neue Gefahren drohen; seine Eindrücke mußten wohl befriedigend sein, da er an die Spitze der nationalen Regierung trat. In der ersten Regierungserklärung lesen wir, das Ministerium betrachet es als seine erste Pflicht, alle erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, um die politischen und nationalen Interessen des Königreichs Polen hinsichtlich der Grenzen, der staatlichen Einrichtungen und der wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen zu sichern; dies kann nur „im engen Einvernehmen mit den Zentralmächten" geschehen.

Diese vorsichtige Ausdrucksweise einer Regierungserklärung stützt sich auf eine breite faktische Grundlage von Verhandlungen, die in Berlin zwischen den Leitern der polnischen und der deutschen Mehrheitsparteien geführt wur-

den; es sollte zuerst eine Verständigung zwischen Volk und Volk erzielt werden, als deren Hauptbedingung die Integrität des polnischen Staates und seine Entwicklungsmöglichkeit bezeichnet worden ist. Die Vertreter der deutschen Mehrheitsparteien haben diese Bedingung anerkannt und ihrerseits eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die nicht leicht waren, aber insgesamt von den Polen erfüllt worden sind. Die Vereinbarungen zwischen den beiderseitigen Vertretern kamen zustande, und trotzdem sie aus gewissen Gründen die parlamentarische Sanktion noch nicht erhalten haben, verpflichten sie beide Teile. Von dieser Voraussetzung ging die polnische Regierung aus, als sie in ihrer Erklärung von der eiligen Festsetzung der rechtlichen und politischen Formen des polnischen Staates im engen Einvernehmen mit den Zentralmächten sprach.

Plötzlich — unerwartet wie in der Chełmer Angelegenheit — kommt vom preußischen Regierungstische, aus dem Munde eines preußischen Staatsministers die Ankündigung, daß die Regierung sich mit einer Resolution eines Ausschusses des preußischen Herrenhauses solidarisiert, die dafür eintritt, daß für die noch ausstehenden Vereinbarungen über die Feststellung der zukünftigen Grenze des polnischen Königreichs die Rücksichtnahme auf die militärische Sicherung Preußens die unverrückbare Grundlage aller Verhandlungen zu bilden hat. Der Landwirtschaftsminister von Eisenhardt-Rothe erklärte in der Herrenhaussitzung vom 9. April: „Die Regierung steht auf dem Boden der Erklärung des Ausschusses, und zwar nicht nur nach ihrem Wortlaut, sondern auch nach ihrer Tendenz.“ „Die Sicherung der Verhältnisse im Osten sei in erster Linie ein preußisches Interesse, und Preußen muß daher verlangen, daß vor allem das militärische Interesse als maßgebend erachtet wird. Dabei müsse der nicht zu unterschätzende Uebelstand mit in Kauf genommen werden, daß die Zahl der Polen in Preußen nicht unerheblich vermehrt wird“ *).

---

*) Nach dem halbamtlichen Text der „Nordd. Allg. Zeitung“ lautete dieser Passus: „Die Festigkeit unserer Ostgrenze ist in erster Linie ein preußisches Interesse. (Sehr richtig!) Preußen kann

Es würde sich also um große und ganz große Annexionen handeln.

Wir fragen nicht, wie diese Erklärung eines Mitgliedes des preußischen Staatsministeriums, dessen Präsident der Reichskanzler Graf Hertling, Vertrauensmann der Mehrheitsparteien des Reichstags, ist, mit der Stellung der Mehrheitsparteien des Reichstags zu vereinbaren wäre; der Herr Landwirtschaftsminister erklärte, daß in Abmachungen über den Frieden sich Private, mögen es auch Parlamentarier sein, nicht einmischen dürfen; es wird nun Sache dieser Privaten, wenn auch Parlamentarier, sein, ihre Rechte als Volksvertreter zu verteidigen. Aber glaubt Exzellenz von Eisenhardt-Rothe und mit ihm die legitimistische Mehrheit des Herrenhauses wirklich, daß die obige Ankündigung dem Wortlaute und dem Geiste des Kaisers und Königs entspricht, die den Polen ein Königreich in Aussicht stellten, dessen sie zur freien Entfaltung ihrer Kräfte bedürfen, und daß dieses durch Annexionen verstümmelte und verunglückte Königreich ein Beweis der „treuen Freundschaft der Mittelmächte“ wäre? Die Motive, die von den Annexionisten angeführt werden, sind so wenig ernst, daß sie für einen verständigen Menschen eigentlich gar nicht in Betracht kommen. Wir kennen alle die Motive, haben sie mehrfach widerlegt, immer mit demselben Resultat: wer nicht überzeugt werden will, auf den wird es auch keinen Eindruck ausüben, wenn man mit Engelszungen sprechen wollte. Es wird behauptet, die Polen hätten versagt, weil sie keine Armee aufgestellt haben; das können wir bedauern, weil wir darunter leiden, aber nicht die Deutschen, denen dadurch kein Schaden zugefügt wurde; und daß die Polen imstande sind, eine große Armee aufzustellen, daß sie jetzt dazu gewillt sind, und daß diese polnische Armee, durch eine Militärkonvention an die Zentralmächte gebunden, in der Zukunft für dieselben sehr nützlich

---

verlangen, daß bei den Abmachungen über diese Grenze das militärische Interesse maßgebend berücksichtigt wird, wenn dabei auch der Uebelstand in Kauf genommen werden muß, daß die Zahl der Polen vermehrt wird, die ihr eigenes Wollen mit dem des preußischen Staates nicht in Einklang bringen können.“

sein kann, daran zweifelt ja kein Mensch. Es wird behauptet, die Polen seien den Deutschen feindlich gesinnt; es gehört ein gewisser Sadismus dazu, wenn die Ostmarkenvereinler und ihre Schleppenträger jahrzehntelang ein Volk materiell und moralisch drangsalieren, fortwährend neue Teilungs- und Ausbeutungsgelüste offenbaren, und dafür . . . Liebe verlangen. Politiker, Schriftsteller, Beamte, die nicht Polenfresser sind, wissen es gut, daß die Polen kein undankbares Volk sind, und daß sie auch in der großen Politik ihre treue Gesinnung bewahren, wo sie ehrlich verdient wurde. Napoleon I. hat den Legionen zum Ruhm verholfen, hat ihr Vaterland wieder ins Leben gerufen, und die Polen sind ihm und den Franzosen bis in späte Generationen dankbar. Der alte Kaiser Franz Joseph hatte gewiß keinen Anlaß, über polnische Undankbarkeit zu klagen. Im gegenwärtigen Königreich Polen ernten Exz. v. Beseler oder General Barth Beweise der ihnen entgegengebrachten Achtung; übrigens: wo in der Welt kann ein Okkupant sich Liebe erwerben, besonders in der Gegenwart, wo die deutsche Okkupation eine genug harte Aufgabe hat und sie durch ein Beamtentum versieht, unter dem sich nicht selten Hakatisten und Anhänger dieser Richtung befinden! Man spielt gegen das Königreich Polen die Polen aus dem preußischen Staate aus — darüber wäre das meiste zu sagen; wir tangieren aber diese Angelegenheit prinzipiell nicht. Und wozu denn? Sagen wir es offen: die Teilung und die Schwächung Polens wurde von Politikern vom Schlage gewisser Herrenhausmitglieder beschlossen, noch bevor die polnische Armeefrage und die „polnische Undankbarkeit“ auf der Tagesordnung standen. Für diese Herren galt seit jeher der Grundsatz: der Pole muß verbrannt werden — Verstandesgründe und menschliche Rücksichten existieren für sie nicht. Alles, was die Polen tun oder nicht tun, würde von diesen Machtpolitikern nur in dieser oder jener Weise dazu ausgenutzt werden, um Teilungen und Ausbeutungspläne Polens zu unternehmen.

Auch das Motiv der militärischen Sicherungen macht heute auf den denkenden Leser keinen Eindruck mehr. Gewiß verfügt Deutschland über die genialsten militärischen Führer,

Tatsache ist es aber, daß militärische „Sicherungen“ immer nur etwas Technisches sind, die immer wieder von einer neuen Technik überwunden werden können, sie sind etwas Vorübergehendes, während Millionen zufriedener oder unzufriedener Grenzbewohner ein stabiler Faktor sind, mit dem doch mehr zu rechnen ist. Die Handelskammer in Königsberg richtete an den Kaiser eine Eingabe, mit der Bitte um Abtrennung von solchen Teilen des früheren russischen Polens, die eine genügende militärische Sicherung der Südgrenze Ostpreußens gewähren. Wir erlauben uns zu bemerken, daß in dem Zeitalter der Kanonen, die über hundert Kilometer weit schießen, ein solches Glacis überhaupt keine Sicherheit bietet; man müßte das ganze Land annektieren und dann zur Sicherung dieser Annexion neues Land annektieren, und so weiter bis ins Unendliche. Das geistige Niveau dieser Königsberger Denkschrift offenbart sich in der Bitte: man möge Polen zwingen, seine Handelspolitik auf Freundschaft mit Deutschland einzustellen. Warum nicht geradezu — nach vorgenommener Annexion — auf Liebe?

Diese Gelüste nach Annexionen wie auch hinsichtlich des Dombrowaer Kohlenbeckens haben mit militärischen Notwendigkeiten so viel Gemeinsames, wie mit „Freundschaft“. Und dennoch soll neues Blut vergossen werden, sollen die heiligsten Gefühle der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe mit den Füßen getreten werden, soll zwischen Nachbarvölkern, von denen das polnische dem deutschen keinen Schaden und Unbill erweist, ewiger Haß und Hader bestehen. Für den unsicheren Zuwachs von einigen hundert oder tausend Quadratkilometern soll Deutschland diese wirklich bedeutende Sicherung aufgeben, die ein zufriedengestellter polnischer Bundesgenosse im Osten wäre, denn es gehört Blindheit dazu, um nicht einzusehen, daß unter den neuen staatlichen oder pseudostaatlichen Gebilden, deren Existenz noch fraglich ist, und wo, offen gestanden — mit Ausnahme der verschwindenden deutschen Minoritäten — wenig Deutschfreunde vorhanden sind, der polnische Staat der feste Pol sein kann für eine Konsolidierung der Verhältnisse im Osten. Deutschland soll seinen Ruf und seine Stellung in der ganzen

Welt — die bekanntlich für Polen sich ganz besonders interessiert — belasten. . . .

Es ist schwer, sich sagen zu müssen, daß diese antipolnische Ideen das große Deutschland beherrschen könnten. Der polnische Politiker, der hiervon an das deutsche Volk appelliert, befindet sich in verzweifelter Lage. Nach bindenden Besprechungen mit den deutschen Führern, nach beruhigenden Aufklärungen der leitenden deutschen Staatsmänner, kehrt er nach Warschau zurück, um hier für die Annäherung an Deutschland zu arbeiten, da ereilt ihn am nächsten Tage eine Depesche, daß in Brest-Litowsk ein ukrainischer Kommissar eingetroffen sei, um in die Verwaltung des Chełmer Landes einzugreifen, oder daß in manchen Kreisen des Königreichs Polen unter deutscher Verwaltung die Wahlen in den Staatsrat nicht zugelassen wurden, oder daß ein preußischer Minister im Herrenhause die Ausschaltung aus Polen nicht unbeträchtlicher Volksmengen angekündigt hat. Unter diesen Umständen soll dieser polnische Politiker arbeiten — unter der Peitsche für die „Freundschaft“ arbeiten, die die Königsberger Handelskammer erzwingen möchte; unter diesen Umständen finden gegenwärtig in Polen die ersten Wahlen zum Staatsrat statt, die natürlich die Opposition nur stärken müssen, was wiederum als Zeichen der polnischen Unversöhnlichkeit ausgenutzt werden wird.

Wir wollen aber abwarten. Der Deutsche Reichstag und die Reichsleitung haben nun das Wort. Vor einigen Wochen hat Friedrich Naumann in einem offenen Schreiben an den Herausgeber der „Polnischen Blätter“ neue Bedingungen festgestellt, die zur deutsch-polnischen Annäherung und zur Sicherung des polnischen Besitzstandes führen könnten. Diese Bedingungen wurden alle insgesamt von den polnischen Führern erfüllt. Noch mehr: sämtliche im Laufe der Verhandlungen geäußerten deutschen Wünsche wurden polnischerseits angenommen. Die Polen haben also alles getan und sind nach Warschau mit dem festen Entschluß gegangen, in der Heimat durch die Regierung alles zu tun, um in ein gutes Einvernehmen mit den Zentralmächten zu kommen. Ihre erste Voraussetzung ist natürlich die Integrität des Königreichs Polen

und die politische und wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit des polnischen Volkes. Nun warten wir die Entscheidung ab. Wir haben loyal gehandelt und sind zum dauerhaften Frieden bereit. Die einsichtsvolle Mehrheit des Deutschen Reichstags und die verantwortliche Reichsleitung werden doch einsehen, daß es nach dem allen nicht angeht, ein großes Nachbarvolk, das in Freundschaft, aber staatlich unabhängig leben will, in Verzweiflung zu treiben; sie werden einsehen, daß es nicht angeht, die polnischen Trümpfe, die doch *nicht gering* sind, dem gegenwärtigen oder künftigen Feinde in die Hand zu drücken; der beste Weg wäre jedoch der auf Gleichberechtigung beruhende Bund mit den Zentralmächten, — um somit für allgemeinen Frieden und Völkerannäherung den Boden zu ebnen.

Das deutsch-polnische Wirtschaftsbündnis.

Der Aufbau der wirtschaftlichen Vereinigung zwischen Polen, Deutschland und Oesterreich-Ungarn ließe sich nur mit großen Schwierigkeiten so gestalten, daß hierbei die Interessen aller drei Kontrahenten gleichmäßig berücksichtigt würden. Selbst in dem Falle der Nichtberücksichtigung der Lebensinteressen Polens ist eine Lösung, die gleichmäßig Oesterreich-Ungarn und Deutschland zufriedenstellt, sehr schwierig. Jede Lösung vom Interessenstandpunkt der drei Teilnehmer kann als schlecht bezeichnet werden, die Frage ist nur, welche Lösung am wenigsten schlecht ist. Wir glauben übrigens, daß die Bezeichnung der verschiedenen Lösungsmöglichkeiten als „schlecht" daher stammt, daß man die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns mit einer Genauigkeit bis zu einem Milligramm, Gramm oder Kilogramm abwägt, während bei dem Umbau Ost-Europas eine Gradskala von weltgeschichtlicher Perspektive anzuwenden ist. Wie sind also die Interessen der drei Kontrahenten?

Polen ist ein landwirtschaftlich übervölkertes Land; auf einen Quadratkilometer entfallen im Königreich Polen und in Galizien etwa 65 bis 70 landwirtschaftliche Berufstätige, während in den westeuropäischen Ländern und sogar in dem

landwirtschaftlichen Dänemark diese Zahl etwa 35 beträgt. Eine Intensivierung der polnischen Landwirtschaft, sogar die Inangriffnahme einer mehr oder weniger umfassenden Agrarreform kann die Anzahl der landlosen und kleinbäuerlichen Bevölkerung auf Kosten des Großgrundbesitzes verringern und die Anzahl der mittelgroßen landwirtschaftlichen Betriebe vergrößern. Dem Fortschritt in der Landwirtschaft muß sich aber die Befreiung des Bodens von der Ueberzahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung zugesellen.

Die Industrie des Königreichs Polen kann unter günstigen Umständen jährlich etwa 50 000 Menschen aufnehmen.

Der natürliche Bevölkerungszuwachs im Königreich Polen beträgt wahrscheinlich 180 000 Menschen (1,5% von 12 Millionen oder 1,4% von 13 Millionen). Die Uebervölkerung der Dörfer und die Auswanderung ist daher eine durchaus verständliche Erscheinung. Die ständige Auswanderung betrug im Jahre 1908 — 34 646 Personen, im Jahre 1912 — 36 064 Personen, die Saisonauswanderung war im Jahre 1908 — 268 446 Personen und im Jahre 1912 — 360 142 Personen. Es ist danach klar, daß der polnische politisch-wirtschaftliche Gedanke auf industrielle Entwicklung und auf ein landwirtschaftliches Expansionsgebiet im Osten nicht verzichten kann.

Im gegenwärtigen Augenblick sind die Polen landwirtschaftliche Kolonisatoren, wovon z. B. die polnischen Siedlungen in Südamerika zeugen.

Anders ist die Bevölkerungsdynamik in Deutschland; die Deutschen haben aufgehört, ein Volk landwirtschaftlicher Kolonisatoren zu sein. Der frühere „Drang nach Osten", der in der stufenweisen Verdrängung des Polentums aus seinem Boden bestand, spielte sich im Verlauf der Jahrhunderte langsam und automatisch ab, infolge des Strebens des deutschen Bauern nach neuem Siedlungsland. In den letzten Jahrzehnten hat aber der Eroberungsdrang des deutschen Ansiedlungswesens seine elementare Kraft verloren. Schon die Tatsache der Schaffung der Ansiedlungskommission im Posenschen weist darauf hin, daß der deutsche Ansiedler, außer der Unterstützung des Staates, der Hilfe der Zentral- und der Lokalverwaltung und seinem, noch vor wenigen Jahren zweifels-

freien kulturellen Uebergewicht, außerdem noch materielle Stütze braucht. Die Bevölkerungsverschiebung geht in Deutschland auf Kosten des Dorfes vor sich und zugunsten der Stadt; hiervon zeugt der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern, der durch die Wanderarbeiter aus dem Königreich Polen und Galizien gemildert werden muß. Die deutsche Expansion hat industriellen Charakter; Deutschland bringt seinen ganzen Bevölkerungszuwachs in der Industrie unter, die fremde Rohstoffe in industrielle Ausfuhrprodukte umwandelt. Die deutsche Industrie ist nicht allein aus ihrer landwirtschaftlichen Basis herausgewachsen, was durch die Einfuhr von Nährfrüchten und landwirtschaftlichen Arbeitern bewiesen wird, sondern sie hat auch ihre Rohstoffbasis verlassen; den Mangel an Rohstoffen will Deutschland durch den Besitz eigener Kolonien und durch die Verwirklichung der Freiheit der Meere beseitigen. Die deutsche Industrie beginnt auch schon aus ihrer Bevölkerungsbasis herauszuwachsen, wovon die polnischen industriellen Ansiedlungen im Rheinland und in Westfalen zeugen. Die deutsche Industrie gewährt so gewinnbringendere Erwerbsmöglichkeiten für Arbeiter, daß schon die schwereren und untergeordneten Arbeiten von Polen übernommen werden, die nicht die Deutschen verdrängen, sondern die durch sie freigewordenen Stellen einnehmen. Deutschland beginnt sich in dieser Hinsicht den Vereinigten Staaten zu nähern, die gleichfalls eine industrielle Einwanderung von Polen, Ruthenen und Litauern aufweisen.

Unser Verhältnis zu diesen Problemen muß klar und unzweideutig sein; der Weg zu einer Ansiedlung im Osten und, in gewissem Sinne, die Mission eines Pioniers der wirtschaftlichen Kultur in diesen Landstrichen, auf welche Mission uns schon die Geschichte der letzten Jahrhunderte hingewiesen hat, scheint uns mehr zusagend zu sein. Ob Deutschland sich dazu entschließen wird, unserer Einwanderung nach Deutschland den Charakter eines fünften Standes zu belassen, der die von den Deutschen verlassenen mühsamen Arbeitsfünktionen erfüllt, wissen wir nicht, und es kommt uns auch nicht zu, auf die vom Standpunkt des deutschen Interesses günstigen Entscheidungsmöglichkeiten hinzuweisen.

Das Problem läßt sich dahin zusammenfassen, ob Deutschland die Vermehrung seiner polnischen Bevölkerung und die Umwandlung unseres natürlichen Ausdehnungsdranges gegen den Osten in den Expansionsdrang des billigen, bedürfnislosen und in seinem eigenen Lande infolge des Darniederliegens der Industrie arbeitslosen polnischen Arbeiters als in seinem Interesse liegend ansehen wird? Geschichtliche Erfahrungen und die demokratischen Lebensbedingungen des 20. Jahrhunderts legen uns die Annahme nahe, daß das deutsche Interesse sich hier mit dem polnischen Interesse deckt. Nur politisch-wirtschaftliche Kurzsichtigkeit könnte, nach unserer Meinung, die Aufhaltung der industriellen Entwicklung Polens fordern, die Ausdehnung der polnischen landwirtschaftlichen Bevölkerung nach Osten erschweren und der ständigen und Saison-Auswanderung nach Deutschland das Tor öffnen.

* * *

Eine charakteristische Eigenheit der Großindustrie ist ihre Neigung zur Konzentration, raschem Anwachsen und einheitlichem, planmäßigem Vorgehen. Ein industrielles Land kann zwei Arten industrieller Programme vor sich haben, die in Reinkultur nirgends zu finden sind und die eigentlich nur Auffassungsformen darstellen, die die reale Einschätzung der Wirklichkeit erleichtern sollen.

Das erste Programm besteht in der Schaffung einer so mächtigen Industrie, daß durch sie eine ganze Reihe anderer Länder gespeist werden kann. Die von dieser Industrie bedienten Länder werden zu ihren Lieferanten ländlicher Produkte, teilweise Landarbeiter, industrieller Rohstoffe und zum Teil industrieller Arbeiter. Für die erhaltenen Industrieprodukte zahlen diese Länder mit ländlichen Produkten, Rohstoffen und mit ihrem Menschenmaterial. Sie können ihren natürlichen Bevölkerungszuwachs nicht in den eigenen Grenzen erhalten und können sich sogar entvölkern.

Die Besiedlung eines industriellen Landes wächst in dem gleichen Grade und zum Teil sogar infolge Einwanderung. Der Einwanderung fallen die schweren und mühsamen Arbeiten zu, und sie erlangt in der ehernen Schule des Lebens

Kräfte. Die Bevölkerung des industriellen Landes wendet sich im gleichen Grade höheren, gewinnbringenderen Berufen zu, die einem herrschenden Volke entsprechen.

Der Lauf der Zeiten bringt es dann mit sich, daß das herrschende Volk der schweren Arbeit ungewohnt wird; sogar die strengen Tugendsitten der Römer konnten sich in der Zersetzung der herrschenden Aristokratie und Oligarchie nicht behaupten.

In einem industriellen Land, dessen Bevölkerungsdichte diejenigen der anderen Länder beträchtlich übersteigt, muß ein Prozeß des Druckausgleichs einsetzen, der infolge der Differenzen in der Bevölkerungsdichte entsteht. Das Volk der herrschenden Organisatoren wird wahrscheinlich nach anderen, entvölkerten Ländern abfließen. In den nichtindustiellen Ländern wird eine durch das industrielle Volk organisierte Industrie entstehen, aber in dem gleichen Grade ändert sich in dem industriellen Mutterland das Verhältnis der eigenen Bevölkerung zugunsten der eingewanderten Bevölkerung aus den industriell unterworfenen Ländern; es entsteht daher in dem herrschenden Lande und in den abhängigen Gebieten eine völkisch uneinheitliche Tendenz.

Ein anderes Industrieprogramm beruht in der Industrialisierung und technischen Installierung der anderen Länder. Die Ausfuhr von Industrieprodukten umfaßt nicht allein Gebrauchsgegenstände, sondern auch Fabrikationswerkzeuge, Hilfsmaterialien zur Fabrikation und oft wertvolle Halbfabrikate. An Stelle von Kleidung und Wäsche kann man Einrichtungen für Textilfabriken, Maschinen, besondere Gattungen von Garnen, Chemikalien usw. ausführen. Der Abnehmer wird dann vielseitiger, stärker, er kräftigt sich und wächst an Zahl. Die Industrie des führenden Volkes wächst dann wenigstens nicht über den Rahmen seiner Bevölkerungsbasis hinaus.

Die Völker der nach dem ersten Programm behandelten Länder sind Minen zu vergleichen, die unter den führenden Staat gelegt werden. Die nach dem zweiten Programm behandelten Völker können zu Bundesgenossen werden. Im wirtschaftlichen Leben Polens sind zwei Strömungen fest-

zustellen, die durch den Charakter der wirtschaftlichen Verhältnisse real bedingt werden. Die Strömung des galizischen Pauperismus, der zu Bündnissen mit den slavischen Proletariervölkern Oesterreich-Ungarns geneigt ist, steht im Gegensatz zu der organisatorisch-schöpferischen Strömung der nach einem Bündnis mit den Mittelmächten Europas strebenden polnischen Schichten. In ähnlicher Weise kämpft auch innerhalb des Königreichs Polen, Litauens und Weißrutheniens der polnische Pauperismus, der psychologisch dazu neigt, die polnische Frage auf der gleichen Basis zu behandeln, wie die weißruthenische, litauische, ruthenische und sogar den Bolschewismus, mit der polnischen Staatlichkeit, die sich der Funktion des neuzeitlichen, staatlichen Organisators unter Mithilfe der Zentralmächte unterzogen hat. Die Kriegserfahrungen rauben dem zweiten Programm die wirtschaftliche Unterlage und diejenigen Faktoren, auf die es sich stützen könnte, sind von Verarmung bedroht. Das Verhältnis zu der polnischen Bevölkerung in Litauen und Weißruthenien, das Verhältnis zur polnischen Industrie lassen dieses Programm als Utopie erscheinen, und die Sprache der realen wirtschaftlichen Bedingungen drängen Polen zu dem deutschfeindlichen Block der unterworfenen Völker. Der Politiker kann das durch den Mangel an politischem Urteil erklären, den Mangel an politischem und militärischem Charakter, durch die Neigung, sich nicht von Verstandeserwägungen, sondern von Gefühlsverstimmungen leiten zu lassen, der wirtschaftliche Politiker muß aber anerkennen, daß die Erfahrungen der Kriegszeit seinen gedanklich aufgebauten Bedingungen eines wirtschaftlichen Bündnisses zwischen Polen und Deutschland widersprechen. Die Kriegsnotwendigkeiten zwangen Deutschland, aus Polen und Litauen 700 000 Arbeiter zu beziehen. Die öffentliche Meinung bei uns begreift nicht, daß das nur durch die vorübergehenden, außergewöhnlichen Bedingungen veranlaßt wurde, und glaubt, daß Deutschland weiter für die Entwicklung seiner Industrie über den Rahmen seiner Bevölkerungsbasis das polnische Arbeitermaterial an sich ziehen und dadurch die industrielle Entwicklung Polens hemmen werde.

Die Polen sind das wirtschaftlich stärkste Element in Litauen, Weißruthenien und sogar in manchen Teilen der Ukraina. In der Landwirtschaft ist nicht allein der Großgrundbesitz in der Hauptsache in polnischen Händen. In vielen Gütern, die Nichtpolen gehören, sind die Pächter und Beamten — Polen. In der ukrainischen Industrie, z. B. in der Zuckerindustrie, ist der polnische Besitzstand hervorragend. Der polnische Ingenieur, Techniker, Werkmeister erfüllt dort diejenigen Funktionen, die noch kürzlich und auch heute im Königreich Polen der Deutsche versieht. Selbst in Rußland waren Polen die Organisatoren der russischen Industrie. Das Eisensyndikat, das Syndikat für Knochenprodukte, der Verband der russischen Industrie, wurden von Polen organisiert. Infolge der antipolnischen Maßnahmen in Litauen wurden die Polen gezwungen, nach Rußland auszuwandern, und dort haben sie die Industrie organisiert; aus den gleichen Gründen wanderten sie nach Amerika aus und gründeten dort polnische Ansiedlungen.

Die polnische öffentliche Meinung glaubt, daß die deutsche Politik die Polen ihrer Rolle als Organisatoren des Wirtschaftslebens in Litauen und Weißruthenien berauben, und daß sie sich ausschließlich auf die Litauer und Weißruthenen stützen will. Es scheint uns, daß die deutsche Politik die wirtschaftliche Kraft des Polentums unterschätzt und diejenige der Litauer, Weißruthenen und Ukrainer überschätzt. (Fortsetzung folgt.)

Warschau. Henryk Tennenbaum.

Die Deutschen in Polen.

Eine Antwort auf den offenen Brief des Liz. Paul Althaus, Privatdozent der Theologie an der Universität Göttingen, z. Zt. Gouvernementspfarrer in Lodz, in der „Deutschen Post“, Lodz, Nr. 6 vom 10. Februar 1918.

Sehr geehrter Herr!

Auf Ihren an mich gerichteten offenen Brief möchte ich das Folgende erwidern:

Ueber wirtschaftliche Fragen kann ich mich mit Ihnen

nicht unterhalten. Diese Verhältnisse liegen Ihrem Gesichtskreis doch wohl zu fern. Ich beschränke mich also nur darauf, festzustellen, daß es eine einseitig den Interessen des alldeutschen Demagogentums dienende falsche Behauptung ist, wenn auf die Entstehung der Textilindustrie in Polen lediglich das aus dem Arsenal der alldeutschen Dialektik entnommene Wortklischee von „deutscher Arbeit, deutschem Fleiß, deutscher Tüchtigkeit usw.“ angewandt wird. Es ist historische Wahrheit, daß mit Ausnahme einer Reihe an den Fingern herzuzählender Familien alle anderen deutschen Einwanderer nach Polen arme Schlucker waren, denen auf Kosten des polnischen Staates und des polnischen Volkes eine, wie die spätere Entwicklung bewies, sehr auskömmliche Existenz gegründet worden ist. Selbstverständlich muß in jeder Weise anerkannt werden, daß die deutschen Einwanderer mit dem ihnen übergebenen Pfund gut gewirtschaftet haben und daß sie das Vertrauen, das die polnische Regierung in sie gesetzt hat, nicht enttäuscht haben. Das, Herr Pfarrer Althaus, ist die nackte historische Wahrheit und kein Jonglieren mit Worten und Begriffen, keine Gedankenakrobatie wird in den Augen aller gerecht und billig Urteilenden, auf deren Meinung es übrigens auch nur ankommt, hieran etwas ändern.

Die Interpretation, die Sie jetzt Ihrem Wort „nicht an den Seelen arbeiten wir, sondern nur an den Gliedern eines Volkes“ zu geben versuchen, hilft leider über den fatalen Eindruck nicht hinweg, daß Ihre Thesen mit dem wahren Christentum nichts Gemeinsames haben, daß sie in einem grellen Widerspruch stehen mit dem Bibelwort, „was hülfe es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nehme doch Schaden an seiner Seele“, und daß, im Grunde genommen, ihre Lehren eine Art Surrogat, Kriegsersatz für echte Religion darstellen, auf das man das Etikett „deutsch-evangelisch“ aufgepappt hat. Ich muß sagen, daß es mir als große Geringschätzung des Religiösen, der Seele, vorkommt, wenn man meint, man könne ungestraft die Religion in den Dienst irdischer, „völkischer“ Interessen stellen, denn darauf läuft doch schließlich Ihre ganze Aktion hinaus.

Wohin das führen würde, möge man an den leeren Kirchen und an dem unglaublich geringen Einfluß, den heute die evangelische Kirche in Deutschland auf die breiten Volksmassen ausübt, erkennen. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“, Herr Althaus! Wenn wir an dieses Wort der Bibel denken, müssen wir Ihre Neuerungen alle unbesehen ablehnen.

Ich habe in meinem Leben Perioden gehabt, wo ich glaubte, daß Kirche und Religion überlebte Begriffe sind und daß mein metaphysischer Bedarf durch die Erkenntnisse der Philosophie und der Wissenschaft besser befriedigt werden könne. Ich habe Haeckels Welträtsel verschlungen, und Schopenhauers Gespräch über Religion schien mir eine Offenbarung. Dann, je älter und reifer ich wurde, erkannte ich, daß das, was ich an der überlieferten Religion auszusetzen hatte, sich ja gar nicht auf den wahren, eigentlichen Kern derselben bezieht, sondern auf die äußere Schale, die menschlicher Irrtum und Wahn um den Kern gebildet hat. Dann stellte sich ein Gemütszustand ein, den ein neuzeitlicher Dichter (Rudolf Presber) in die wunderschönen Verse gekleidet hat:

Und still und kalt wards in der Seele Haus,
Als wär ein Toter stumm hinausgetragen,
Und heimlich oft fliegt meine Sehnsucht aus
Nach meiner Kindheit warmen Frühlingstagen.
Mich fröstelts in der neuen Weisheit Kleid,
Der Herbstwind fegt das welke Laub zur Erden,
Mir klingt ein Lied aus ferner Kinderzeit:
Herr, bleibe bei uns, es will Abend werden.

Sie, Herr Pfarrer Althaus, sind dabei, die evangelische Religion in Polen mit einer „völkischen“, tauben Schale zu umkleiden. Wohin das in der schließlichen Konsequenz führt, darüber gibt die kürzlich erschienene Schrift: Hammer oder Kreuz? Eine Abwehr alldeutscher Denkart im Namen des deutschen Christentums. Von Lic. Dr. Karl Aner, Pfarrer in Charlottenburg. Verlag Eugen Diederichs in Jena. Preis 0,45 Mk. (Man lese doch diese Schrift! Sie ist sehr aufschlußreich und wirft ein grelles Licht auf gewisse, nunmehr auch in Polen versuchte Bestrebungen) umfassende Aufklärung.

Die alldeutschen Demagogen wollen das Christentum, weil es semitischen Ursprungs ist, beseitigen und dafür den germanischen Götterkultus wieder einführen. Sie sagen Gott und meinen Wuotan, sagen Christus und meinen Balder. Herr Pfarrer Althaus, Ihre Lehre „nicht an der Seele arbeiten wir, sondern an den Gliedern eines Volkes" hat verzweifelt viel Aehnlichkeit mit dieser neuen alldeutschen Ersatzreligion.

Zu den eigentlichen Zielen der alldeutschen Demagogen gehört auch, wie Herr Lic. Dr. Karl Aner überzeugend nachweist, die Ersetzung der christlichen Kirche durch eine neue „Deutschkirche". Im alldeutschen „Heimdall", 1902, Seite 142, findet sich folgende Stelle: „Die Deutschkirche soll eben nur eine Arierkirche, nur für Germanen sein. . . . Welche Kirche das übrige verfallende Völkerkrupzeug hat, kann uns furchtbar gleichgültig sein." Man beachte doch die sich aufdrängende Aehnlichkeit dieser Ideen mit den Tendenzen, die von Herrn Althaus und seinen Gesinnungsgenossen auf der Lodzer sogenannten Synode verfolgt wurden. Auch daß zunächst die Bezeichnung „Deutschkirche" noch nicht angewandt wird (man hat in Polen vorläufig das Etikett „deutsch-evangelisch" gewählt), gehört mit zur alldeutschen Taktik, denn in dem gleichen „Heimdall" wird empfohlen, bei den streng christlich gesinnten Bauern die christliche Anschauung mit Bedacht in den Vordergrund zu stellen.

„Das Schwerste aber, was wir ihnen (den alldeutschen Demagogen) vorwerfen, ist dies, daß sie alle heiligen Güter der Volksseele, ja, die Religion selber ihren Absichten dienstbar zu machen suchen" — heißt es an einer anderen Stelle der Anerschen Schrift. Man vergleiche doch damit die Reden und Presseaufsätze der Althaus, Willigmann und Genossen, und jeder Zweifel wird bei dem unbefangen Prüfenden schwinden darüber, wohin die Reise gehen sollte.

In Ihrem Brief finden sich Andeutungen darüber, daß angeblich die Deutschen in Polen während der Revolutionswirren 1905—1907 um ihres Deutschtums willen haben leiden müssen. Ich habe mich fast während dieser ganzen Revolutionsjahre in Polen aufgehalten, und zwar gerade in einer sehr lebhaften Industriegegend und kann nur sagen, daß an

diesen Gerüchten kein wahres Wort ist. Jene Bewegung hatte ausschließlich sozialen Untergrund, nationale Momente spielten gar nicht mit. Richtig ist aber, daß damals in Deutschland Nachrichten lanciert wurden, als würden die einheimischen Deutschen in Polen um ihres Volkstums wegen verfolgt, und gewisse Interessentenkliquen in Deutschland, in der Besorgnis um das Aufgehen der von ihnen seit Jahrzehnten gesäten Saat des nationalen und Rassenhasses, waren mit verdächtigem Eifer für das Weiterverbreiten dieser Gerüchte bemüht. Dies ist die eigentliche Genesis dieser Nachrichten. Gewisse Elemente unter den einheimischen Deutschen in Polen erhoffen von der Aufrechterhaltung dieser Märchen materielle Vorteile für sich aus dem Deutschen Reich, und darauf ist es zurückzuführen, daß auch heute noch hier und da mit dieser Legende operiert wird.

Wenn schließlich während der Kriegszeit einzelne Deutsche in Polen sich wegen ihres Volkstums bedrückt fühlten, so ist das nichts weiter, wie eine natürliche Wirkung der Bülowschen Polenpolitik und der Enteignungsgesetze, und es würde unnatürlich sein, wenn es anders gekommen wäre. Ich bewundere Ihre Delikatesse, Herr Pfarrer Althaus, mit der Sie hier den natürlichen Zusammenhängen aus dem Wege gehen und durchaus an der einfachen Wahrheit vorbeisehen wollen.

Sie schreiben mir, Herr Pfarrer Althaus, Haß gegen den Deutschen Verein in Lodz und gegen sein Blatt zu. Das ist ein Irrtum. Richtig ist, daß die überwiegende Mehrzahl aller gebildeten einheimischen Deutschen in Polen die Gründung eines solchen Vereins mit Freude begrüßt und ihn auch unterstützt hätten, wenn dieser Verein sich ausschließlich auf die richtige Wahrnehmung unserer Sonderinteressen beschränkt hätte. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Der „Deutsche Verein, Hauptsitz in Lodz“ zeigt die unverkennbare Tendenz, sich von fremden, auswärtigen Demagogen ins Schlepptau nehmen zu lassen und wirkt nicht für unsere Sonderinteressen, sondern für die außerordentlich gefährlichen Zwecke und Ziele der alldeutschen Propaganda, wenn auch vorläufig die verderblichen Giftzähne der nationalistischen Verhetzung nur

dem geschärften Blick erkennbar sind. Als seinerzeit in Heft 22 der Zeitschrift „Deutschtum im Auslande“ vom Jahre 1915 jene, in meiner Denkschrift über die Lodzer Synode erwähnte Erklärung erschien, und als ich auch las, daß aus diesen Kreisen Eingaben an die einmarschierenden deutschen Truppen gerichtet wurden, in denen die Bevölkerung von Kalisch in Schutz genommen wurde, habe ich mich gefreut über diese Anzeichen von richtigem politischen Takt und glaubte auch wohl, daß später mein Platz in den gleichen Reihen sein wird. Später aber sah ich, daß hier ganz andere Hände den Griffel führen und daß es sich gar nicht um unser, der einheimischen Deutschen in Polen, Wohl und Wehe handelt, sondern um die imperialistischen „Belange“ des alldeutschen Demagogentums, das es glücklich erreicht hat, das deutsche Volk mit dem Haß fast der gesamten übrigen Welt zu überhäufen und uns in Polen das gleiche Los bereitet. Mit einem so geleiteten Deutschen Verein in Polen wollen wir nichts Gemeinsames haben und legen Wert darauf, dies zu betonen.

Sie erzählen in Ihrem Brief, daß zu Ihren Gottesdiensten in Polen nicht allein die deutschen Soldaten, sondern auch zahlreiche einheimische Kolonisten, Handwerker usw. herbeigeströmt seien und glauben nun, dies auf die von Ihnen vertretenen Tendenzen zurückzuführen. Sie befinden sich da aber in einem bedauernswerten Irrtum. Der rege Kirchenbesuch ist nämlich bei unseren Gemeinden die Regel und eine ganz natürliche Folge des von unserer Geistlichkeit befolgten Grundsatzes, keinen völkischen Fusel in den reinen Wein der evangelischen Wahrheit zu gießen. Sie sahen hier also, Herr Pfarrer Althaus, eine Art Fata Morgana und haben sich, natürlich unbewußt, mit fremden Federn geschmückt.

Ich denke, darüber, in welchem Sinne unsere evangelische Kirche in Polen neutral sein soll, können war das Urteil getrost unseren erprobten und vorbildlichen einheimischen Geistlichen überlassen. Wir bedürfen darüber keiner Belehrung. Das Bibelwort „an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“ ist uns hier der Leitstern.

Sie operieren, Herr Pfarrer Althaus, fortgesetzt mit der

Fiktion, daß angeblich durch Mischehen (Warschau) der evangelischen Kirche in Polen viele Glieder verloren gehen. Ich bestreite nicht, daß solche Fälle vorkommen, aber sie sind nicht die Regel. Die Regel ist, daß die polonisierten und aus Mischehen stammenden Glieder unserer Kirche in Polen ihrer Konfession durchaus treu und ergeben bleiben und nur das Bestreben zeigen, die evangelische Kirche in Polen dem polnischen Charakter des Landes mehr anzupassen. Diesem Bestreben ist unsere Geistlichkeit weise entgegengekommen durch Aufstellen des Prinzips der absoluten nationalen Toleranz und Neutralität in der Kirche. Ich begreife sehr wohl, daß dies Leuten, die aus der Zwangsjacke alldeutscher Geistesenge und der Begrenztheit des alldeutschen Tabernakels nie herausgekommen sind und die alle Vorgänge durch die Brille der perversen alldeutschen Menschenfeindschaft und des Menschenhasses sehen, unverständlich erscheinen muß. Für unsere polnischen Verhältnisse ist dies aber der einzig mögliche und einzig richtige Standpunkt.

Und übrigens, Herr Pfarrer Althaus, selbst wenn durch diese Mischehen, wie Sie sagen, der evangelischen Kirche in Polen Einbußen erwachsen, so stehen dieselben ganz gewiß in gar keinem Verhältnis zu den Verwüstungen, die der Protestantismus während der letzten Jahrzehnte in Deutschland zeigt und die meiner Ansicht nach hauptsächlich auf den Umstand zurückgeführt werden müssen, daß hier zu viel völkischer Fusel verschänkt und an Stelle der ewig geltenden Wahrheiten der christlichen Religion völkische Surrogate angeboten werden.

Sie wollen dann, Herr Althaus, gütigst entschuldigen, wenn ich auf Ihre sonstigen Anwürfe und beleidigenden Spitzen gegen meine Person nicht weiter eingehe. Das interessiert die Oeffentlichkeit nicht und ist für eine Urteilsbildung auch belanglos. Außerdem habe ich es ja ohnehin gewußt, als ich meine Denkschrift über die Lodzer Synode schrieb, daß ich von Ihnen angegriffen werde und somit, nach einem Bismarckschen Wort, in die Drecklinie einrücken muß.

Sie verbreiten sich schließlich in Ihrem Brief ziemlich weitschweifig, unter reichlicher Verwendung der mir so zu-

wideren alldeutschen Jargonausdrücke, über Ihre Auffassung von „völkischer Treue, völkischem Charakter, Wert des Deutschtums“ usw. Es sind die gleichen immer wiederkehrenden Wort- und Gedankenklischees, die mir aus den alldeutschen Schriften bis zum Ueberdruß bekannt sind. Diese Ideen haben das Gesamtdeutschtum außer Kontakt mit dem Weltgeist gebracht und haben ihm den Haß fast der ganzen übrigen Kulturwelt eingebracht. Man muß kindlich naiv sein, die ungeheuren Schädigungen, die dem Gesamtdeutschtum aus dieser unglückseligen Tatsache noch auf Jahrzehnte hinaus erwachsen werden, nicht vorauszusehen. Ich tue diesen Teil Ihrer Ausführungen mit einem Gleichnis ab: Angesichts der Erfahrungen dieses ungeheuren Krieges, angesichts der Erlebnisse dieser Weltkatastrophe, kommen mir diese Ihre Meinungen und Ansichten, Herr Althaus, vor wie — ranzig gewordene Butter.

Hochachtungsvoll

Zivilingenieur L. K. Fiedler.

* * *

P. S. — Der Vorsitzende des Deutschen Vereins in Lodz hat in der „Täglichen Rundschau“ (vom 22. Februar d. J.), einem bekannten alldeutschen Blatt, einen Artikel veröffentlicht, der sich ausschließlich mit meiner Person beschäftigt und mit Injurien gespickt ist. Das literarische Niveau dieses Artikels ist so niedrig, daß ich keinen Anreiz empfinde, darauf einzugehen. Nur 2 Punkte möchte ich festhalten:

Der Verfasser dieses Artikels erklärt, daß die in meiner Denkschrift über die Lodzer Synode als Perfidie gekennzeichnete Eingabe an den Reichskanzler „deutschem Pflichtgefühl“ entsprungen sei. Sehr richtig! Aber jenem „deutschen“ Pflichtgefühl mit dem fatalen alldeutschen Beigeschmack, dem Pflichtgefühl „wie ich es auffasse“, und der Gegensatz zu dieser Art „deutschem“ Pflichtgefühl heißt e t h i s c h e s P f l i c h t g e f ü h l.

Weiter wird in dem erwähnten Artikel behauptet, die Zahl der Evangelischen in Polen hätte vor dem Kriege 720 000 betragen. Ich will den Leser nicht damit langweilen, daß ich ihm klarmache, mit welcher Art lächerlichen Kunstgriffe man zu solchen Zahlen gelangen kann. Ich beschränke mich also darauf, nochmals festzustellen, daß in dem Evangelisch-Lutherischen Volkskalender für 1917, herausgegeben vom Evangelisch-Augsburgischein Konsistorium in Warschau, die Anzahl der Evangelischen in Polen

vor dem Kriege auf 500 000 angegeben wird. Aber ich will einmal annehmen, daß der Vorsitzende des Deutschen Vereins in Lodz recht hat und daß tatsächlich 720 000 Evangelische in Polen leben. Was ergibt sich daraus? Daß die angeblich 18 000 Mitglieder des Deutschen Vereins, Hauptsitz Lodz, nach Adam Riese kaum 2,5% der Evangelischen in Polen ausmachen. Also, damit es ganz klar sei: ich stelle fest, mich auf die Angaben des Vorsitzenden des Deutschen Vereins stützend, daß die in diesem Verein zusammengeschlossenen Mitglieder sage und schreibe kaum zwei und ein halb vom Hundert der Gesamtzahl der Evangelischen in Polen ausmachen! Und diese Leute mit ihren Hintermännern wollen der reichsdeutschen Oeffentlichkeit vortäuschen, sie seien die legitimen Vertreter der einheimischen Deutschen in Polen! Tatsächlich liegt die Sache ganz anders. Die überwältigende Mehrzahl der polnischen Deutschen will von diesem Verein nichts wissen und lehnt es mit Widerwillen ab, mit ihm in eine Verbindung gebracht zu werden. Dieser Wahrheit, die durch den oben berechneten Prozentsatz und durch die Vorgänge auf der Lodzer Synode so grell illustriert wird, mögen doch auch die deutschen Okkupationsbeamten in Polen Rechnung tragen. Dann werden solche unglücklichen Mißgriffe vermieden werden, wie z. B. die Lodzer Synode.

Noch eins: es ist historische Wahrheit, daß ein Teil der Lodzer Deutschen Nachkommen von Deserteuren sind. Der Gegenerlaß der preußischen Regierung vom Jahre 1816 ist nicht der einzige Beweis dafür. Die polnische Memoirenliteratur aus der damaligen Zeit (Niemcewicz) enthält mehrfach solche Hinweise, und auch ich habe von alten Personen, die sich noch der alten Zeiten erinnerten, oftmals davon gehört. Und der Umstand, daß trotz des „deutschen“ Pflichtgefühls kein einziger der in dem Deutschen Verein, Hauptsitz Lodz, organisierten Lodzer Deutschen sich freiwillig zum Eintritt in die deutsche Armee gemeldet hat, muß schon als weiterer Beweis dafür gelten. Andere Deutsche aus Polen, bei denen eben das ethische Pflichtgefühl stärker ausgeprägt ist, haben es aber getan. D. O.

Pressestimmen zur Polendebatte im Herrenhause.

„Frankfurter Zeitung“ (Nr. 99, Abendblatt):

„Militärische Sicherung Preußens und Deutschlands — das ist allerdings auch unser großes Ziel in der Behandlung der polnischen Frage während des ganzen Krieges gewesen. Wir haben es immer als ein Ereignis von höchster Bedeutung angesehen, daß der Gang des Krieges Deutschland vor die zwar ungeheuer schwere, aber auch ungeheuer wichtige und lohnende Aufgabe stellte, Polen aus seiner Verbindung mit Rußland zu lösen und es der Gruppe der

Mittelmächte anzufügen. Denn die große Bedrohung im Osten war unter dem Zarismus und wird, wenn auch in geringerer Schwere, auch weiterhin sein die Ungleichheit der Zahl, die riesige und mit regelmäßiger Schnelle wachsende russische Volksmasse. Diese Ungleichheit der Zahl wird in hohem Grade verbessert, wenn künftig das polnische Volk auf unserer Seite statt auf der russischen steht. Daß es wirklich bei uns stehe, in freier und bewußter Entschlossenheit, das zu bewirken, war die Aufgabe, die unserer Politik gestellt war. Die Polen haben uns die Lösung dieser Aufgabe gewiß nicht erleichtert. Es sind schwere Fehler auch auf ihrer Seite gemacht worden. Sie fanden lange, allzulange nicht die Entschlußkraft, nicht die Führer. Erst jetzt zuletzt, vor wenigen Wochen, schien eine Klärung sich anzubahnen, als Vertreter des polnischen Volkes in Berlin mit Vertretern der Reichstagsparteien verhandelten, um eine beiden Nationen Genüge tuende Grundlage zu finden: den feierlichen Verzicht der Polen auf die zu Preußen gehörenden, für Preußen und für Deutschland unentbehrlichen ehemals polnischen Gebietsteile, das enge Bündnis des freien und selbständigen Polens mit dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn. Die Lösung war damit noch nicht fertig, Hemmnisse von zum Teil recht ernster Art waren sowohl in Deutschland wie in Polen und, nicht zu vergessen, auch in Oesterreich noch zu überwinden. Aber die Lösung schien angebahnt. Jetzt erlaubt sich der preußische Landwirtschaftsminister, diese Verhandlungen als solche von Privaten zu bezeichnen, die der Regierung nicht angemessen schienen. Ist das wirklich, wie er sagt, auch die Absicht des Kanzlers? Darüber wird der Reichstag sich sehr bald Klarheit verschaffen müssen.

„Denn darüber darf sich niemand täuschen: die jetzt im Herrenhause geforderte „Tendenz“ ist die Preisgabe jeder auf Freundschaft mit den Polen gerichteten Politik und ihr Ersatz durch eine Politik der Unterdrückung. Wir sprechen nicht vom Strategischen der militärischen Sicherung und möchten nur, auch angesichts der militärtechnischen Entwicklungsmöglichkeiten (Paris wird bekanntlich aus weit über 100 Kilometer Entfernung beschossen), den bescheidenen Wunsch aussprechen, daß auch andere, ebenso strategisch Laienhafte davon nicht sprächen, bis wirkliche strategische Autoritäten sich dazu öffentlich und verantwortlich geäußert haben. Wohl aber sprechen wir vom Tatsächlichen und vom Politischen dieser militärischen Sicherung. Und da ist zu sagen: Hinter dieser militärischen Sicherung finden erstens Interessenten aus der oberschlesischen Industrie ihre Deckung, die den Zeitpunkt für günstig halten, das ihr vorgelagerte polnische Industriegebiet mit dem Kohlenbecken von Dombrowa und mit seinen anderen mineralischen Vorkommen zu annektieren. Daß Deutschland mit seinen riesigen Kohlenschätzen dieses kleine Gebiet (dessen Förderung nur etwa

3% der deutschen ausmacht) wirklich brauche, ist nie bewiesen worden, kann auch nicht bewiesen werden — daß das sonst industriearme Polen dieses Gebiet, eine Hoffnung seines wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach allen Zerstörungen des Krieges, niemals verschmerzen kann und wird, muß jeder einsehen, der sehen will. Weiter aber verstecken sich hinter dieser militärischen Sicherung die Hakatisten, denen an der inneren Haltung der Polen vieles (wie auch uns) mit Recht mißfiel, die aber auch ihrerseits nicht die geistige Freiheit finden, aus den eingefahrenen Gleisen ihres Nationalitätenkampfes durch Einsicht in die höheren Notwendigkeiten einer künftigen größeren Politik herauszukommen. Es verstecken sich endlich dahinter all die engen Geister, die sich unter Erweiterung der Macht immer nur die Gewalt, die Eroberung vorstellen können — wie der angeblich liberale Königsberger Oberbürgermeister —, und die gar nicht merken, daß sie dadurch die wahre Machterweiterung unmöglich machen, daß sie das Vaterland schwächen, statt es zu stärken.

„Werden die Wünsche auf Annexionen in Polen erfüllt, dann wird sich die Zahl der Polen in Deutschland (die mit hereinkommenden polnischen Juden ungerechnet) von jetzt etwa 3½ Millionen um 500 000, um 800 000, vielleicht um 2 Millionen vermehren, je nachdem, welches der verschiedenen Annexionsprojekte man ausführt. Die Stimmung dieser Polen in Deutschland aber, der neuen wie der alten, wird aufs äußerste erbittert sein, und niemals werden wir diesen Stachel aus der polnischen Seele nehmen können: das Nationalitätenproblem wird in Deutschland von neuem die Form des schärfsten Kampfes annehmen, die Deutschen in den national umkämpften Gebieten werden nach den gehässigsten Unterdrückungsmitteln rufen, unsere ganze innere Politik, die eine Politik der Freiheit und des Rechts hatte werden sollen, wird dadurch verfälscht werden. Außerhalb unserer Grenzen aber wird der weitaus größere Rest der Polen sitzen, haßerfüllt und stets auf Wiederherstellung bedacht, ein Herd dauernder Hetze gegen Deutschland an allen Regierungssitzen und bei allen Völkern — ein Herd der Verhetzung auch vor allem in dem uns verbündeten Oesterreich-Ungarn. Und die Lösung der Ostfragen von Finnland bis Rumänien? Das polnische Problem ist in dem Komplex dieser Fragen das Kernstück: bleibt dieses ohne richtige Lösung, dann ist nicht abzusehen, wie überhaupt man diesen Ländergürtel zwischen uns und dem künftigen Rußland jemals in eine befriedigende Ordnung bringen zu können hoffe.

„Herr Dr. Körte hat gestern gemeint, wir würden auch mit neuen Millionen Polen fertig werden, wir sollten unserer Fähigkeit zum Kolonisieren nur vertrauen. O ja, wir unsererseits hatten ja sogar trotz allem an der Hoffnung festgehalten, mit dem ganzen

polnischen Volke „fertig“ zu werden — fertig in dem Sinne, daß wir die Streitfragen begruben und zwischen beiden Völkern das Band gemeinsamen Interesses und gemeinsamen Wollens knüpften. Nur gehörte dazu eines, wovon leider in der gestrigen Sitzung der preußischen Herren anscheinend sehr wenig geredet worden ist: daß wir selbst Achtung vor der Volkspersönlichkeit hätten, daß wir nicht mehr dem kleinen Glauben an die alleinseligmachende Gewalt anhingen, der wähnt, der Starke könne ein ganzes Volk — und gar ein Volk von der Größe, der historischen Tradition und der nationalen Leidenschaft der Polen! — einfach als Objekt der Machtübung behandeln. Es gehörte, als erstes Erfordernis jeder wirklichen Kolonisation in unserer Zeit, ein Stück Humanität und ein Stück Liberalismus dazu.“

„Berliner Tageblatt“ vom 10. April:

„Man darf nicht übersehen, daß diese Annexionen kaum geeignet sein werden, auf die Dauer ein freundschaftliches oder auch nur ein korrektes Verhältnis Polens zu Deutschland herzustellen, und die weitere politische Folge wird nur die sein, daß wir die Polen politisch den Russen in die Arme treiben und uns im Osten, unmittelbar vor unseren Toren, einen ständigen Herd politischer Unruhe schaffen, der die Züchtung einer Irredenta in unseren Ostmarken im Gefolge haben wird, nachdem noch soundsoviel Hunderttausende neuer Polen dem preußischen Staatsgebiete einverleibt sein werden. Und das um so mehr, als in demselben Augenblick von der preußischen Regierung auch in der Ansiedlungspolitik eine neuerliche Ausnahmebehandlung der ostmärkischen Polen in Aussicht gestellt wird. Zu den schweren Bedenken, zu denen die Bildung der Randstaaten im Nordwesten des ehemaligen russischen Reiches unter deutscher Schutzherrschaft schon Veranlassung gibt, soll nun also auch noch eine ewige polnische Gefahr hinzutreten.

„Es bleibt die Frage offen, wie Graf Hertling, der sich bei der Uebernahme des Kanzleramtes auf den Boden der deutschen Antwort auf die Friedensnote des Papstes stellte, diese Annexionspolitik rechtfertigen will, desgleichen der Vizekanzler, Herr von Payer, der bisher doch die Politik der Linken vertrat. Der Reichstag, gegen den der Minister v. Eisenhardt-Rothe ja auch, indirekt wenigstens, polemisierte, indem er sich die Einmischung „irgendwelcher Privater, auch Parlamentarier“ in die Abmachungen von Regierung zu Regierung verbat, wird vom Reichskanzler Aufklärung über die sonderbaren Entschlüsse der Regierung verlangen müssen, da sie weit über den Rahmen eines bloßen preußischen Interesses hinausgehen und geeignet sind, die gesamte deutsche Politik bedenklich zu beeinflussen. Die Mehrheitsparteien insbesondere, deren Vertreter mit dem Grafen Ronikier, dem Führer

der polnischen Aktivisten, ein gemeinsames Verständigungsprogramm vereinbarten, haben alle Veranlassung, diesem plötzlichen Stimmungsumschlag in den leitenden Kreisen des Reiches auf seine tieferen Ursachen hin nachzugehen, nachdem sie in dieser überrachenden Weise von der Regierung desavouiert worden sind."

„Vorwärts" vom 11. April:

„Die einsichtigen Staatsmänner hatten erkannt, daß eine neue Teilung Polens das polnische Volk unfehlbar in das den Deutschen feindliche Slawenlager treibt. Wir werden zwei Millionen Mitglieder der polnischen Irredenta ins Deutsche Reich nehmen, die heimische Polenbevölkerung von diesem rebellischen Ferment durchdringen und vor dem Tor statt eines Genossen einen Feind zurücklassen. So dachten die einsichtigen Staatsmänner. Das Staatsministerium hatte einen (dementierten) Beschluß gefaßt, der einer solchen Lösung widerriet. Reichstagsabgeordnete verhandelten in offenem oder stillem Einverständnis mit der Reichsregierung mit einer polnischen Deputation unter Führung des Grafen Ronikier und gaben beruhigende Erklärungen ab.

„Heute ist das alles anders. Am Geburtstag Ludendorffs wurde uns eröffnet, daß zum Zwecke der militärischen Sicherung polnische Gebietsteile zu Preußen geschlagen werden sollen. Man fragt schon nicht mehr nach dem Rechtstitel einer solchen Handlung, die sich gegen einen für neutral, wenn nicht sogar für uns verbündet erklärten Staat richtet. Aber man fragt nach den polnischen Wirkungen in Polen und in Oesterreich, und man fragt, ob wir so mit Freunden gesegnet sind, daß es auf einen Feind mehr oder weniger nicht ankommt.

„Unsere politischen Gegner halten solche Fragen für ängstliche Bedenkenträgerei. Sie sagen, daß wir Sieger sind und machen können, was wir wollen. Sie prophezeien ein baldiges Kriegsende im Westen mit Gebietserweiterungen und Kriegsentschädigungen. Sie versichern, daß ein Frieden, der allen Gegnern Land oder Geld oder beides nimmt, von Dauer sein und das deutsche Volk zu neuer Herrlichkeit emporführen würde. Wir wünschen dem deutschen Volk jedes Glück, teilen aber nicht jene Ansicht und sehen unsere Aufgabe in zweierlei: erstens ein so ungeheures Unglück, wie es eine Niederlage wäre, vom deutschen Volk fernzuhalten und zweitens eine Politik zu bekämpfen, die möglicherweise auf einen Gipfel, aber vielleicht auch über ihn hinaus in einen Abgrund führt."

Deutsche Polenliteratur.

Die Flut sehr erfreulicher und auch weniger erfreulicher Bücher und Aufsätze ist noch dauernd im Steigen begriffen;

wir wählen natürlich mit Vorliebe Erscheinungen der ersten Reihe, unter ihnen vorerst zwei bibliographische Hilfsmittel. „Bücherkunde zur Geschichte und Literatur des Königreichs Polen“ (soll heißen: der Polen) von Dr. W. Recke und Dr. A. M. Wagner, Warschau und Leipzig, Staatsdruckerei, 1918, X und 242 S., gibt für deutsche Leser eine Auswahl von Quellen und Bearbeitungen bis heutzutage in deutscher und polnischer, französischer und russischer Sprache. Ein dankbares Beginnen, da es in die polnische historische und literarische Gedankenarbeit einführt, ihren Reichtum, Tiefe, Vielseitigkeit ahnen läßt, zugleich beweist, wie rasch und gründlich sich beide Verfasser in ihr Thema eingearbeitet haben. Im einzelnen freilich wäre vieles auszusetzen: zahlreiche Wiederholungen, die doch leicht zu vermeiden gewesen wären; ganz überflüssige Eintragungen und dafür starke Lücken auf Schritt und Tritt, oft aufs äußerste befremdend; völlige Ungleichmäßigkeit in der Auswahl und Bearbeitung des Stoffes. Man hätte z. B. erwartet, daß wenigstens die deutschen Uebersetzungen polnischer Werke vollständiger aufgezählt würden; mit nichten, sie fehlen bei Swiętochowski (Aspasia, so charakteristisch für diesen polnischen Meister des Stiles), Berent, Wyspiański u. a. Aufsätze aus Zeitschriften, oft nur ein paar Seiten stark, werden genannt, dafür fehlen ganze Bücher. Namentlich vermissen wir eine kurze Charakteristik vom Inhalt oder Wert der Bücher, die gerade dem deutschen Leser, dem mit dem Stoff ganz Unvertrauten, besonders erwünscht wäre. Eine beliebige Probe mag unsere Behauptung erhärten: S. 144 über Peter Skarga fehlen alle vier modernen Hauptwerke (Grabowski, Tretiak, Jasinski, die Bibliographie); genannt sind dafür zweimal (!) ein veraltetes Buch und zwei kleine Schriftchen; gar nicht erwähnt ist, daß die Ausgabe der Reichstagspredigten von Chrzanowski eine Einleitung von 250 Ss. enthält, die wertvoller ist als alles vom Verfasser Genannte. Bei Zaleski wird Tretiaks Buch (S. 168) wohl genannt, aber nur sein erster Teil; daß dies das dreibändige Hauptwerk über den Dichter ist, erfährt der Leser nicht; überflüssig sind die Angaben über das ukrainische Volk (S. 167), Padurra (168)

usw. S. 169 f. ist Lelewel eine Fülle von Angaben gewidmet, die nicht mit Literatur, sondern mit mittelalterlicher Geographie, Münzkunde und dgl. zusammenhängen; S. 166 sind einer ganz unbedeutenden Schrift von Kossowski 5 Zeilen Bemerkungen gewidmet, während die bedeutendsten und größten Werke ohne eine einzige Zeile Bemerkungen genannt werden. Unter der Rubrik Kunst vermißt man, was unter Literatur hineingeraten ist, das mit mehrsprachigem Text versehene Porträtwerk von Prof. Mycielski, die Kościuszko-Ikonographie von Gumowski, jede Andeutung über den unter Polen frisch entbrannten, leidenschaftlichen Kampf um die Nationalität von V. Stoss (erinnernd an gleiche Kämpfe um Kopernikus und hinübergreifend auf Peter Vischer, vgl. das Buch von Ludwik Stasiak, Prawda o Piotrze Vischerze, Krakau, 1910 u. a.); die ausgezeichneten Werte von Łoziński usw.; es fehlt das Interessanteste, Neueste, Bedeutendste. Warum das eine gesagt wird, das andere nicht, ist nie zu erkennen, man vgl. z. B. die Angaben auf S. 153 ff.; sie wiederholen, was S. 30 f., 48 usw. genannt war — wozu? Und wiederum volle zehn Zeilen einer rein persönlichen, niemand auf dieser Welt interessierenden Polemik. Das polnische geistige, literarische, künstlerische Leben ist unendlich reichhaltiger, als aus diesen oft wie rein zufälligen Notizen hervorgeht; die orientierende Bemerkung S. 105—109, so dankenswert sie auch ist (es fehlt eine solche vor dem ersten, historischen Teil), kann diesen Mangel nicht ersetzen.

Ebenso vermissen wir im historischen Teil Hauptwerke. Besonders schlimm ergeht es einem Wł. Łoziński, dessen Hauptwerk „Prawem i Lewem“ nicht genannt ist, von dessen trefflichem „Pol. Leben“ die schöne, reich illustrierte deutsche Uebersetzung nicht erwähnt ist. Was alles ist auf S. 23 nicht genannt, das erwähnt werden müßte, die Hauptwerke über Jan Kazimierz, die 5. Serie der historischen Skizzen des L. Kubala (der brandenburgische Krieg und der Einfall des Rakoczy), dessen unendlich wertvowwe, lebensprühende, vollendete Darstellung gar nicht unterstrichen wird, als ob er mit einem xbeliebigen Schmiele, Exner usw. auf gleicher Stufe stände! Kościuszko ist mit einer einzigen Schrift, aller-

dings der Hauptschrift, abgefertigt. Es fehlen die Biographien historischer Persönlichkeiten, z. B. des Kubala „Ossoliński“ sowohl wie „Orzechowski“, sowie eine Menge anderer, die unter einer besonderen Rubrik, Biographie, hätten wohl eingeordnet werden können. Die Arbeit der beiden Verfasser war nicht gleich; der Historiker (Recke) hatte die unendlich reichhaltige Finkelsche Bibliographie zur polnischen Geschichte nur auszuwählen und fortzusetzen; für den Literarhistoriker (Wagner) fehlte es an einer solchen Vorarbeit, da bei Finkel nur die ältere Literaturgeschichte registriert ist. Wagner hat nun in seiner Bibliographie manches aufgenommen, was in die historische allein gehört, vgl. u. a. Naruszewicz, Kołłątaj, Staszic usw.; er nennt bald einzelne Werke der Verfasser, z. B. Konarski opera lyrica, Warschau 1826 (unerfindlich, wozu und warum, da K. ein Schriftsteller des 18. Jahrhunderts ist), aber meist nicht. Vieles bleibt unverständlich, z. B. S. 159 „Franziska Radziwiłł, Komedye i tragedye (Neudruck), Warschau 1752“ — gemeint sind die von der Fürstin für ihr Privattheater geschriebenen Stücke, von einem „Neudruck“ kann keine Rede sein, usw. Mit einem Worte, man stößt auf Schritt und Tritt auf unliebsame Ueberraschungen, die den Wert der sonst so erfreulichen Publikation wesentlich herabmindern; es geht sogar nicht um allerlei Curiosa ab, so z. B. wird über M. Mochnacki Buch geführt, aber das wichtigste, seine meisterhafte Geschichte des Novemberaufstandes, wird gar nicht erwähnt! Eine Ueberprüfung des Buches durch einen Kenner vor der Drucklegung wäre von größtem Nutzen gewesen. Es ist General von Beseler zugeeignet. (Fortsetzung folgt.)

NOTIZEN.

Politisches.

Der bulgarische Ministerpräsident Dr. Radoslawow über Polen. Die in Sofia erscheinende Zeitung „Przeglad Polski“, das Organ des Polnischen Pressebüros, veröffentlicht in ihrer letzten Ausgabe die Ansicht des bulgarischen Ministerpräsidenten in Sachen der polnischen Frage:

„Was die Stellung Bulgariens zur polnischen Frage anbetrifft, so hat der bulgarische Ministerpräsident seinerzeit erklärt, daß

die ganze bulgarische Nation die Bestrebungen der Polen als durchaus begründet und gerecht ansieht. In Bulgarien gibt es keine einzige Partei, die sich diesen Bestrebungen entgegenstellen würde. Im Interesse der europäischen Kultur liegt es, die polnische Frage im Sinne einer ungehemmten Entwicklung des polnischen Volkes zu lösen. Dr. Radoslawow drückt die Hoffnung aus, daß die Zukunft Polens günstige Aussichten besitzt und daß auf diesem Standpunkt auch Oesterreich-Ungarn und Deutschland stehen. Die nationalen Rechte Polens werden voll anerkannt werden, und innerhalb der polnischen Länder, die zur deutschen Monarchie gehören, wird ein neuer, den Polen wohlwollender Kurs einkehren.

„Die Polen sollten verstehen, daß man die Unabhängigkeit nicht von heute auf morgen erlangt, Man muß geduldig und systematisch ein bestimmtes Ziel anstreben. Der bulgarische Ministerpräsident meint, daß in der Politik Mäßigkeit, Einstimmigkeit und Folgerichtigkeit im Handeln eingehalten werden müsse.

„Wie das Verhalten der Bulgaren zu Polen auf dem Friedenskongreß sein wird — das kann heute noch nicht gesagt werden, weil es noch unbestimmt ist, welche Rolle Bulgarien überhaupt zufallen wird. In jedem Falle muß die Stimme Bulgariens, in Anbetracht der Verdienste und Opfer, die es in diesem Krieg gebracht hat, ihre Geltung haben. Das polnische Problem wird dort zweifellos vorgebracht werden, und dabei wird Bulgarien die gerechtfertigten Forderungen der Polen aufs wärmste unterstützen.

„Bulgarien muß aus Prinzip mit den politisch-nationalen Bestrebungen der Polen sympathisieren. Diese Sympathien müssen aber in konkrete Formen gefaßt werden, vor allem müssen die beiden, heute noch fremden Völker einander nähergebracht werden. In dieser Richtung müssen Schritte eingeleitet werden, umsomehr, als neue politische Konstellationen aufgetaucht sind. Das im Bündnis mit den Zentralmächten stehende Bulgarien wird auch mit Polen in einen Kontakt treten.“

Ostpreussens „Sicherung“. In einer Eingabe der Handelskammer Königsberg an den Magistrat heißt es:

Die bisherigen Erfahrungen haben uns überzeugt, daß ein selbständiges Polen im Herzen des Deutschen Reiches Freund und im Ernstfall ein zuverlässiger Bundesgenosse nicht sein wird. Ans Meer geht sein ungestilltes Sehnen. Auch Königsberg und Ostpreußen, diese Stätten alter deutscher Kultur, würden sein beharrliches Ziel sein. Und von diesem Deutschland abgeneigten polnischen Staat ist ohne genügende Druckmittel eine unseren Bedürfnissen entsprechende Wirtschafts- und Handelspolitik nicht zu erwarten. Wie ein Keil schiebt er sich zwischen Ostpreußen und die wichtigsten Teile des ehemaligen russischen Reichs. Seine Eisenbahnen und Wasserstraßen beherrschen den Zugang zur Urkraina.

Ohne Benutzung polnischen Gebiets ist die Wiederaufnahme, Behauptung und Erweiterung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zur Ukraina, deren Ostpreußen unbedingt bedarf, und auf denen im Frieden zu einem sehr großen Teile die Handelsblüte Königsbergs beruht, nicht möglich. Eine mißgünstige polnische Zoll- und Eisenbahntarifpolitik kann aber jederzeit dem Durchgangsverkehr schwer erträgliche Hindernisse bereiten. Uns hiergegen zu schützen durch Abtrennung von solchen Teilen des früheren russischen Polens, die eine genügende militärische Sicherung der ostpreußischen Südgrenze gewähren und zugleich Polen zwingen, seine Handelspolitik auf die Freundschaft mit Deutschland einzustellen, erbitten wir von Euerer kaiserlichen und königlichen Majestät. Die ungeheuren Opfer, die Deutschland im Ringen um sein Dasein gebracht, die unsagbaren Leiden, die Ostpreußen im Kriege für Deutschland erduldet hat, heischen diese Sicherung. Höher als die trügerische, mindestens unsichere Hoffnung auf künftige Freundschaft Polens, dem die staatliche Selbständigkeit ohne eigene Leistung als unverdientes Geschenk zufällt, stehen die Lebensbedingungen des deutschen Volkes.

Das polnische Heer in der Ukraina. Das mehrere tausend Mann zählende Korps des Generals Stankiewicz besteht aus zwei Divisionen Schützen, einer Kavalleriebrigade und 3½ Brigaden Artillerie. In den letzten Tagen vergrößerte sich das Korps durch das Hinzutreten zweier Infanterieregimenter, einer Kompagnie Sapeure und Pioniere. Das Korps stand zuerst in Soroki und liegt jetzt bei Humań. Es ist zum Konzentrationspunkt geworden, um den sich fortgesetzt neue polnische Abteilungen ansammeln.

Auch das Korps des Generals Stankiewicz hat eine ähnliche Vereinbarung mit den Deutschen geschlossen, wie General Dowbór Muśnicki.

Es besteht in der Ukraina außerdem noch eine polnische Armee des Generals Micheliś, die gegen 40 000 Soldaten zählt.

Besuch polnischer Militärs von Korps Dowbór Muśnicki in Warschau. Nach Warschau sind Ende März etwa 50 polnische Militärs des Korps Dowbór Muśnicki aller Waffengattungen und Rangstufen eingetroffen. Sie hatten bis zum 30. März Urlaub und benutzten ihn, um hier ihre Familienangehörigen zu besuchen. Die Offiziere und Mannschaften melden sich bei dem Platzkommando des polnischen Heeres. Unter anderen weilen in Warschau: Major Albin Zieniecki, Kapitän Mieczysław Zółciński, Leutnant Minkiewicz, Kamień-Bokowski, Aleksander Krawiecki, Fähnrich Ludwig Konkowski, außerdem fünf Soldaten des 1. Ulanenregiments, des 7. Schützenregiments und der Automobilabteilung. Alle kamen von Bobrujsk.

Kongress der Vertreter der polnischen Industrie und Handel in Petersburg. Am 21. März ds. J. fand in Petersburg ein Kongress der

in Rußland anwesender Vertreter der polnischen Industrie- und Finanzkreise statt. Den Vorsitz führten Baron Kronenberg, Fürst Stanisław Lubomirski, der Lodzer Industrielle Biedermann, der bekannte Hüttenfachmann Hipolit Gliwic und Herr Rozwadowski. Der Kongreß sandte an den Regentschaftsrat in Warschau ein Huldigungstelegramm und beschloß eine Resolution, in der der polnische Minister für Handel und Industrie der solidarischen Mitarbeit versichert wurde.

Polnische politische Organisationen in Russland an den Regentschaftsrat. Das Präsidium des Blocks der polnischen Unabhängigkeitsparteien in Rußland hat an den Regentschaftsrat folgende Depesche gerichtet: „Die Vertreter der polnischen Unabhängigkeitsparteien in Rußland, mit dem Sitz in Petersburg, bringen Ihnen, Erlauchte Herren, den tiefsten Dank und die größte Ergebenheit zum Ausdruck dafür, daß Sie männlich und im Einklang mit dem Willen der Nation die beleidigten Rechte der Nation und die Grenzen des Vaterlandes verteidigt haben. Durch die Kriegsfront von Ihnen getrennt, sind wir mit Herz und Seele mit Ihnen, erlauchte Herren, einig und sind stolz darüber, daß die Ehre und das Wohl der Nation in Ihren Händen ruht.“

Kultur.

† **Franz Kaumann,** Leutnant und Batterieführer, aus Berlin, ist auf dem Felde der Ehre im Westen gefallen. Der im jungen Alter Dahingeschiedene empfand seit seiner ersten Jugend eine warme Sympathie für polnische Literatur und polnisches Wesen, eignete sich die polnische Sprache an, trat mit hervorragenden Polen in Verbindung und erwarb sich durch seine edle, idealistische Gesinnung in den Kreisen derselben große und allgemeine Sympathie. Die „Polnischen Blätter“ und die Wiener Zeitschrift „Polen“ haben aus seiner Feder mehrere Aufsätze gebracht. Ehre seinem Andenken!

† **Lucjan Rydel.** Im fünfzigsten Lebensjahr hat das Zeitliche gesegnet einer der hervorragendsten polnischen Dichter der Gegenwart, Lucjan Rydel. Sohn eines Krakauer Universitätsprofessors, eine durchaus ästhetische und schwärmerische Natur, hinterläßt er eine Reihe formvollendeter, lyrischer Gedichte und mehrere Dramen; unter letzteren gehört „Der verhexte Kreis“ (Zaczarowane Koło) seit 2 Jahrzehnten zum ständigen Bestand des polnischen Theaterrepertoirs.

Posens Hilfe für das Königreich Polen. Das polnische Hilfskomitee in Posen zur Linderung der Not im Königreich Polen schloß seinen Bericht für die Zeit vom 1. Juli 1916 bis 31. Dezember 1917 mit dem Einnahmebetrag von 2 662 818 Mark. Aus diesen Einnahmen wurden in monatlichen Zahlungen 2 211 482 Mark dem

Hauptfürsorgerat in Warschau überwiesen; außerdem wurden ohne Vermittlung des Hauptfürsorgerats 390 267 Mark verschiedenen Anstalten zugeführt.

Verwaltungswesen.

Das neue Präsidium der Stadt Warschau. Die Neuwahlen zur Kommunalverwaltung der Stadt Warschau ergaben folgendes Resultat: Zum Präsidenten der Stadt wurde der bisherige Vize-Präsident, Ingenieur P. Drzewiecki, gewählt, zum 1. Bürgermeister Ingenieur E. Świda, zum Vorsitzenden des Stadtverordnetenrates Rechtsanwalt I. Baliński, zum 2. Vorsitzenden Prof. A. Parczewski, zum 3. Vorsitzenden Dr. J. Zawadzki.

Zu Sekretären wurden berufen: C. Brzeziński, M. Borkowski, E. Bernatowicz, B. Eiger und J. Stypiński (diese Herren wurden alle wiedergewählt).

Das „unbussfertige“ Warschau. Da der Warschauer Magistrat die Buße von 25 000 Mk., welche der Stadt Warschau wegen der Vorfälle nach Bekanntwerden des Friedensvertrages mit der Ukraina am 14. Februar auferlegt war, bisher trotz Mahnung nicht zahlte, benachrichtigte laut „Kurier Warszaewski“ der kaiserlich deutsche Polizeipräsident den Magistrat, daß die auferlegte Strafe von den der Stadt gebührenden Eingängen in Abzug gebracht werden würde, welche sich in den Händen der Okkupationsmächte befinden.

Auflösung der Lubliner Stadtverwaltung. Der Lubliner Stadtpräsident und alle aus Wahlen hervorgegangenen Magistratsmitglieder wurden durch das Militär-General-Gouvernement ihrer Aemter entsetzt und die Stadtverordnetenversammlung aufgelöst. Die Verwaltung der Stadt übernimmt der kaiserliche Kommissar, Herr Josef Dworski, der bisher als Zivilkommissar in Dąbrowa tätig war. Die Ursache dieser Maßnahmen ist in dem Verhalten des Magistrats im Zusammenhang mit der Chełmer Angelegenheit zu suchen. —

Wirtschaftliches.

Galizisches Mehl für die Ukraina. Die Lemberger Zeitungen melden: Infolge der großen Schwierigkeiten bei der Verproviantierung der in der Ukraina operierenden Heere, die bereits der Ministerpräsident Seidler gekennzeichnet hat, mußten kürzlich 100 Waggons österreichisches Mehl aus Galizien nach der Ukraina versandt werden. Weitere Transporte stehen bevor. Diese Tatsache wirft ein recht eigentümliches Licht auf den sogenannten Brotfrieden mit der Ukraina.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: F. Zalachowski, Charlottenburg.
Druck: Otto Dreyer, Berlin W 57, Kurfürstenstrasse 19.

Anton Choloniewski.

Geist der Geschichte Polens

Ein Jahrtausend der Geschichte. Idee des gemeinschaftlichen Lebens. Das Volk und der König. Der polnische Adel. Unionsbildungen. Freiheiten einer Volksklasse. Religiöse Toleranz. Recht und Leben. Polnische Kriege. Im Dienste der Freiheit. Dem europäischen Festlande vorausgeeilt. Der Untergang des polnischen Staates. Geist der Geschichte Polens und die Gegenwart.

Preis 2 Mark.

KRAKAU

BUCHDRUCKEREI DES „GŁOS NARODU“ 1917

Bestellungen werden von sämtlichen Buchhandlungen entgegengenommen.

Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilung (1795-1914)

von

W. FELDMAN.

Inhaltsverzeichnis:

Erstes Kapitel:	**Der Werdegang der neuzeitlichen politischen Richtungen in Polen seit Mitte des XVIII. Jahrhunderts.**
Zweites Kapitel:	**Die französische Orientierung** (bis 1813)
Drittes Kapitel:	**Die russische Orientierung** (1813—1830)
Viertes Kapitel:	**Der Glaube an die Völker** (1831—1848)
Fünftes Kapitel:	**Der Glaube an die Westmächte**
Sechstes Kapitel:	**Polonia fara à da se** (1857—1863)
Siebentes Kapitel:	**Die polnisch-österreichische Orientierung**
Achtes Kapitel:	**Die Politik der dreifachen Loyalität**
Neuntes Kapitel:	**Aufleben der Unabhängigkeitsbestrebungen im Zusammenhange mit modernen sozialen Ideen.**
Zehntes Kapitel:	**Anlehnung an Rußland und „Polonia irredenta“**

Nachwort — Sach- und Personenregister.

448 Druckseiten. Preis 10 Mark.

Bestellungen werden vom Verlage **R. Oldenbourg,** München, Glückstr. und von sämtlichen Buchhandlungen entgegengenommen.